

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Ausschusses für
Ordnung und Umweltangelegenheiten am 08.05.2013**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

17:00 Uhr bis 18:37 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Bernd Wiegand	OB	
Herr Jürgen Busse	CDU	anwesend ab 18:30 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	
Herr Andreas Scholtyssek	CDU	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	anwesend ab 17:35 Uhr
Herr Dr. Rüdiger Fikentscher	SPD	
Frau Beate Fleischer	FDP	
Frau Sabine Wolff	NEUES	Vertretung für Herrn Sommer
FORUM		
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS	
90/DIE GRÜNEN		
Frau Renee Fischer	Verwaltung	
Frau Rita Lachky	Verwaltung	
Herr Lutz Müller	Verwaltung	
Frau Kerstin Ruhl-Herpertz	Verwaltung	
Frau Martina Wildgrube	Verwaltung	
Herr Christoph Bernstiel	SKE	
Herr Dr. Justus Brockmann	SKE	
Frau Julia Burghardt	SKE	
Frau Marion Krischok	SKE	
Herr Hans-Jürgen Schiller	SKE	
Frau Dr. Regina Schöps	SKE	
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	Vertretung für Herrn Dr. Uwe-Volkmar Köck
Frau Dörthe Riedel	Verwaltung	

Entschuldigt fehlen:

Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	DIE LINKE.	wurde vertreten durch Herrn Dr. Bodo Meerheim
Frau Birgit Leibrich	parteilos	
Herr Manfred Sommer	MitBÜRGER	
für Halle		
Herr Rene Müller	Verwaltung	
Herr Dr. Wilfried Fuchs	SKE	
Herr Stefan Schulz	SKE	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.04.2013
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Ordnung und Umweltangelegenheiten wurde von **Frau Elisabeth Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet.

Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

Herr Misch stellt einen Geschäftsordnungsantrag zur Absetzung der Sitzung, da nur ein Antrag auf der Tagesordnung stehe und einige Unterlagen nachgereicht worden seien.

Frau Wolff gibt ihm in der Sache Recht, gibt aber zu bedenken, da die Ausschussmitglieder anwesend seien, die Sitzung durchzuführen. **Herr Misch** zieht daraufhin seinen Antrag zurück, seine Kritik bleibe aber bestehen, das sei auch nicht das erste Mal der Fall, dass trotz fehlender Themen die Sitzung dennoch durchgeführt werde. **Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit** wandte ein, dass es sich bei dem Antrag um ein sehr wichtiges Thema handele, zu dem aufgrund der Tagesordnung eine ausführliche Stellungnahme der Verwaltung unter Einschluss eines Vortrags erfolgen könne und ausreichend Zeit zur Diskussion gegeben sei.

zu 2 **Feststellung der Tagesordnung**

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses, eröffnete den Tagesordnungspunkt.

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Frau Krausbeck bat um Abstimmung der Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur Tagesordnung: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 11.04.2013
4. Beschlussvorlagen
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Baumfällliste
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 11.04.2013

Da die Niederschrift erst zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage ausgeteilt wurde, wird die Abstimmung zur Genehmigung erst in der Sitzung des Ausschusses am 13.06.2013 erfolgen können.

zu 4 Beschlussvorlagen

Es liegen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder
Vorlage: V/2013/11545

Frau Krausbeck, Vorsitzende des Ausschusses führte in das Thema ein. Im vergangenen Jahr ist der Kinderunfallatlas vorgestellt worden, in dem die Stadt Halle einen dramatisch schlechten Platz einnimmt.

Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit erläuterte, dass seitens der Verwaltung über die Thematik informiert wird und ein Vortrag dazu von Herrn PHK Bade (Leiter Verkehrsunfalldienst)

Geschäftsführer der Verkehrsunfallkommission Halle gehalten wird, um Ansätze für Diskussionen und Nachdenken über diese Materie zu bieten. Jeder Stadtrat und jeder sachkundige Einwohner soll sich in die konzeptionelle Arbeit einbringen.

Zur Diskussion über das Thema standen daneben auch **Herr Rothe, Abteilungsleiter**

Straßenverkehr des Fachbereichs Sicherheit und **Herr Ulrich Gärtner, Verkehrswacht Halle e.V.** bereit.

Herr Misch, CDU-Fraktion bat darum, den Vortrag in schriftlicher Form zu erhalten, das sei für die Diskussion und Befassung mit diesem Thema zielführend.

Der Vortrag wird als Anlage zur Niederschrift beigefügt und in session eingestellt.

Der Ausschuss erteilt Herrn Bade das Rederecht.

Dieser führt aus, dass die Unfälle von Kindern seit 2005 kontinuierlich abgesunken seien, aber im Jahr 2012 ein Anstieg zu verzeichnen sei. Festzustellen sei, dass in Halle- Neustadt aufgrund der stark gesicherten Schulwege hier keine Unfälle zu verzeichnen seien, ebenso vor den Schulen. Das Problem bestehe vor allem nachmittags nach der Schule, also in der Freizeit. Auch dürfe die Verkehrserziehung nicht nach der Grundschule enden. Schulen brauchten hierfür finanzielle Unterstützung, die aber durch die Verkehrsunfallkommission nicht geleistet werden kann. Recherchen zu dieser Problematik seien über die Vergabe von Diplom- bzw. Doktorandenthemen denkbar.

Im Anschluss an den Vortrag wurde die Diskussion eröffnet. U. a. wurde festgestellt, dass Unfälle auf Fußgängerüberwegen, bei denen die Verkehrsunfallkommission in jedem Fall den Ursachen nachgeht, durch Kinder häufig das Befahrungsverbot mit Rädern missachtet wird. Herr **Bernstiel, SKE** fragte nach der Ursache für den Unfallanstieg 2012. **Herr Bade** erklärte, dass dieser Fakt nicht erklärbar ist. Aussagen für 2013 seien derzeit noch nicht möglich, momentan ist die Unfallzahl leicht rückläufig.

Herr Dr. Fikentscher, SPD-Fraktion fragte danach, ob es eine psychologische Bewertung darüber gibt, inwieweit sich Kinder, welche Unfälle erlitten haben, von anderen unterscheiden. **Herr Bade** antwortete, dass das in Halle nicht der Fall sei, man dazu auch nicht in der Lage sei. Z.B. könnte aber an der Universität dazu ein Projekt gestartet werden.

Auf die Frage von **Frau Burghardt, SKE**, welche Möglichkeiten die Verkehrsunfallkommission habe bzw. woran es fehle, wenn Kinder nicht die empfohlenen Schulwege nehmen würden, antwortete Herr Bade, dass Einflussnahme nur in den Schulen passiere, die Verkehrsunfallkommission habe dafür keine Ressourcen.

Herr Rothe, Verwaltung wies darauf hin, dass Eltern mindestens 14 Tage vor Schulbeginn mit ihren Kindern den künftigen Schulweg abgehen sollten. **Herr Dr. Diaby** fragte nach zwei verkehrspunkten (Wolfensteinstraße und Albert-Schweitzer-Straße/A. Dürer-Straße), ob hier Angaben zu Unfällen vorlägen. Herr Bade erklärt, da hier keine Beschäftigung der Verkehrsunfallkommission mit diesen Straßen vorliege, sei anzunehmen, dass dort keine Unfälle mit Kindern erfolgt seien.

Herr Gärtner, Verkehrswacht e. V. erläuterte anschließend Aufgaben, Arbeitsschwerpunkte und Projekte des Vereins, der bereits seit 21 Jahren besteht. Insbesondere die Jugendverkehrsschule leiste einen wertvollen Beitrag, hier erfolgt die Theorieausbildung der Radfahrer, der Umgang mit dem Verkehrsrecht wird vermittelt. Die meisten Unfälle geschehen im Freizeitbereich, hier werde sich auch sicher zukünftig nichts ändern. Trotz vieler verantwortungsvoller Projekte des Vereins ändere sich aber nichts an der Tatsache, dass der Schwerpunkt auch der verkehrsrechtlichen Erziehung nach wie vor bei den Eltern liege! Auf die Anfrage von **Herrn Bernstiel, SKE**, warum Halle trotz vieler Aktivitäten dennoch nur auf Platz 60 der Unfallstatistik stehe, erklärte Herr Gärtner, dass der Verein

nicht derjenige sei, der darauf eine schlüssige Antwort geben könne. **Herr Bade** ergänzte, dass es auffällig sei, dass viele westdeutsche Städte sich im oberen Bereich der Statistik befänden, viele ostdeutsche Städte dagegen im unteren. Es sei schwierig, die Städte überhaupt miteinander zu vergleichen. **Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion** fragte nach, wie die Schulungen durch die Verkehrswacht erfolgen und auf welchem Wege die Öffentlichkeit von deren Tätigkeit informiert wird. **Herr Gärtner** antwortete darauf, dass die Öffentlichkeitsarbeit des Vereins nicht ausreichend sei und man sich wünsche, dass die Öffentlichkeit hier wesentlich mehr über das Wirken erfahre. Er richtete seine Bitte um Unterstützung in dieser Angelegenheit an die Stadträte. **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister** dankte dem Verein für die gute Arbeit und die Informationen.

Herr Misch, CDU-Fraktion gab unter Hinweis auf den übertragenen Wirkungsbereich von etwaigen verkehrsrechtlichen Anordnungen die Anregung, den Beschlussvorschlag zum Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN anders zu formulieren, indem die Wortgruppe „Vorschläge für entsprechende“ entfernt wird. Nach kurzer Diskussion darüber wurde die Anregung aufgenommen. Zunächst bat **Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende** die sachkundigen Einwohner um ihr Votum zu diesem Antrag.

Bei 2 Enthaltungen stimmten 4 sachkundige Einwohner für diesen Antrag.

Danach bat **Frau Krausbeck** die Stadträte um Abstimmung des geänderten Antrags.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Geänderter Beschlussvorschlag:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, die Ergebnisse des Kinderunfallatlas 2012 der Bundesanstalt für Straßenwesen für die Stadt Halle und deren Ursachen zu analysieren und dem Stadtrat bis zur Sitzung im September 2013 ein Konzept zur Verbesserung der Verkehrssicherheit für Kinder mit konkreten ~~Vorschlägen für entsprechende~~ Maßnahmen vorzulegen.

zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

zu 7.1 Baumfällliste

Frau Ruhl-Herpertz, Fachbereichsleiterin Umwelt, äußert Dank und eine Bitte an den Ausschuss. Zunächst den Dank für die Information über die noch fehlende Einstellung aktueller Protokolle der Baumschutzkommission, das sei umgehend nachgeholt worden. Die Bitte an die Ausschussmitglieder, bei Fragen zu den Gründen in den mit der Einladung übersandten Übersichten zu Baumfällungen in der Stadt so zu verfahren, diese schriftlich (Fax, Mail, Schreiben u. ä.) vor den Ausschusssitzungen an den Fachbereich Umwelt zu stellen, damit hier eine effizientere Beantwortung in der Ausschusssitzung selbst möglich ist.

Weiteres:

Frau Wildgrube, Referentin für Ordnung und Sicherheit informierte darüber, dass mit der Einbringung des Brandschutzbedarfsplanes aufgrund der Kündigung der Arbeitszeitmodelle nicht vor dem September gerechnet werden kann. Auf den Hinweis von **Herrn Dr. Meerheim, Fraktion DIE LINKE**, dass dieser Fakt Schwierigkeiten für die Finanzplanung und die Haushaltsberatungen im Herbst erzeugt, erläutert nochmals **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister**, dass der Brandschutzbedarfsplan hinsichtlich der Investitionen fertig vorliegt, aber derzeit die Grunddaten für den personellen Bedarf fehlen. Dazu sind noch Untersuchungen erforderlich.

Frau Wildgrube stellt unter Hinweis auf die Petition „Pfandflaschenkisten“ an den Ausschuss die Frage, ob hierzu hinsichtlich der Anbringung derselben eine AG gegründet werden solle. Nach Diskussion im Ausschuss hält dieser die Gründung einer AG für nicht erforderlich.

zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Misch, CDU-Fraktion, fragt danach, ob die Verwaltung für Mitglieder der oberen Leitungsebene die Möglichkeit eröffnet habe, zu Zeiten, zu denen auf dem Marktplatz nicht mit dem Rad gefahren werden dürfe, auf dem Markt zu fahren. **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister** antwortet darauf mit einem klaren „nein“.

Frau Wolff, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, fragte danach, warum für 60 gefällte Bäume nach Baumfällliste nur 53 nachgepflanzt werden und warum –unter Verweis auf die Regelung des § 39 BNatSchG- diese Fällungen innerhalb der Schutzfrist erfolgen. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** antwortete darauf, dass der erste Teil der Frage schriftlich beantwortet wird. Hinsichtlich des zweiten Teils der Frage verwies sie auf die wirtschaftliche Unzumutbarkeit für den Antragsteller.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion fragte danach, in welcher Weise die Verwaltung auf den stattfindenden ersten Deutschen Entwicklungstag aufmerksam gemacht hat. **Frau Ernst, Büroleiterin des Büros des Oberbürgermeisters** verwies auf diverse Veröffentlichungen u. a. im Amtsblatt der Stadt.

Frau Burghardt, sachkundige Einwohnerin fragte unter Bezug auf den Umwelt- und Fahrradtag, ob eine Teilnahme am „Stadtradeln“ erfolge und wie die Verbindung mit dem gleichzeitig stattfindenden Tag der offenen Tür der HAVAG erfolgt. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** wies darauf hin, dass es einen Unterschied zwischen den Umwelt- und Fahrradtag und der Aktion „Stadtradeln“ gebe, bei Letzterem sei noch nicht sicher, ob das stattfinden wird, da der Aufwand sehr hoch sei. Hinsichtlich Umwelttag und Tag der offenen Tür der HAVAG erläuterte sie, dass hier ein Pendelverkehr eingerichtet wird, sodass die Bürger beides besuchen können.

Herr Schiller, sachkundiger Einwohner berichtete über PKW-Diebstähle in der Silberhöhe und in der Südstadt und dass es Bestrebungen gebe, hier eine Bürgerwehr zu bilden. Er will wissen, ob man sich hierzu mit der Verwaltung verständigen könne. **Herr Dr. Wiegand, Oberbürgermeister**, erklärte, dass man diesbezüglich im vergangenen Jahr Kontakt mit dem Innenministerium gehabt habe. Die Gefährdungssituation sei zu groß, sodass man von diesem Vorhaben nur dringend abraten könne, dazu wird es seitens des OB keine Unterstützung geben. **Frau Burghardt, sachkundige Einwohnerin**, fragte nach den Baumfällungen im Zusammenhang mit der Mediathek, wann die Fällungen erfolgt sind. **Frau Ruhl-Herpertz, Verwaltung** berichtete, dass die ursprüngliche erste Frist eingehalten worden sei.

Frau Krischok, sachkundige Einwohnerin erklärte sich mit der erfolgten Beantwortung ihrer Anfrage zur Beschilderung des Durchgangs Riebeckplatz/Maritim nicht einverstanden. **Herr Rothe, Verwaltung** erläuterte nochmals. Da auch hier keine Einigung erzielt werden konnte, will man sich zur Klärung vor Ort treffen. Es gab keine weiteren Anfragen.

zu 9 Anregungen

Frau Krausbeck, Ausschussvorsitzende, kam noch einmal auf die Anregung von Herrn Dr. Diaby aus der Aprilsitzung zurück, dass zukünftig kein Protokoll der nichtöffentlichen Sitzung verschickt werde, sofern nichts behandelt wurde.

In der nächsten Sitzung solle deshalb eine Liste ausgelegt werden, in der Unterlagen kategorisiert aufgeführt werden. Jeder kann sich hier mit Unterschrift erklären, auf die Zusendung welcher Unterlagen in Papierform er künftig verzichten wolle. Die erforderlichen Informationen erreichen die Mitglieder auf dem Weg der E-Mail und über session. Auf Fristen wird diese Verfahrensweise keinen Einfluss haben.

Es gab keine weiteren Anregungen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 10.06.13

Oberbürgermeisterin/Beigeordneter

Ausschussvorsitzender

Protokollführer/in